

«In die Strasse ist Leben eingekehrt»

Nachdem es im letzten Jahr Kritik gab an der Stadtzürcher Aktion «Brings uf d'Strass», fällt das Fazit heuer deutlich positiver aus.

Sven Hoti

Die Sonne scheint an diesem späten Dienstagnachmittag, doch der Herbst liegt bereits in der Luft. Im oberen Teil der Entlisbergstrasse in Zürich Wollishofen spielen Kinder, ihre Mütter sind in Gespräche vertieft. Wo vor wenigen Wochen noch nackter Asphalt hindurchführte, stehen nun diverse Sitz- und Spielmöglichkeiten. Pflanzentröge und Hinweistafeln stecken den rund 100 Meter langen Strassenabschnitt ab.

Hintergrund dieser Umgestaltung ist das Projekt «Brings uf d'Strass», das die Stadt Zürich in diesem Jahr vom 13. August bis zum 25. September zum zweiten Mal durchführte. Die Stadt will damit einerseits während der Sommermonate kurzfristig neue Freiräume schaffen. Andererseits möchte sie vielfältige Nutzungsmöglichkeiten von Quartierstrassen ausprobieren. Das Projekt wird vom Tiefbauamt begleitet und im Anschluss ausgewertet.

Das Angebot wurde rege genutzt

Die Rückmeldungen aus dem Quartier werden voraussichtlich positiv ausfallen. Die Aktion sei auf grosse Resonanz gestossen, resümiert Beat Locher. Er ist Vorstandsmitglied beim Verein Entlisberg und wohnt seit bald 20 Jahren im Quartier. Jung bis Alt hätten von der Umnutzung Gebrauch gemacht. «In die Strasse ist Leben eingekehrt», schwärmt Locher. «Es tut etwas weh, die Anlagen am Montag wieder abzubrechen.»

Und trotz des vermehrten Aufenthalts der Quartierbewohnerinnen und -bewohner ist es offenbar nicht zu übermässigem Lärm gekommen. Reklamationen bei der Polizei habe es keine gegeben, so Locher. Zufrieden zeigt er sich auch mit der Zusammenarbeit mit der Stadt: «Die Stadt hat uns voll in das Projekt miteinbezogen.» Regelmässig hätten Vertreter vom Tiefbauamt bei ihnen vorbeigeschaut.

Sämtliche Spielgeräte und sonstige Infrastruktur für die Aktion hatte die Stadt zur Verfü-



Im Zuge der Aktion «Brings uf d'Strass» hatte die Stadt an der Entlisbergstrasse in Zürich Wollishofen diverse Spiel- und Sitzmöglichkeiten sowie Pflanzentröge installiert.

Bild: Mathias Förster

gung gestellt. Der Stadtrat hat rund 430 000 Franken für das Projekt «Brings uf d'Strass» budgetiert. Die Ausgaben werden dieses Jahr allerdings geringer ausfallen als noch im letzten Jahr, als die Aktion an drei Quartierstrassen veranstaltet worden war, bestätigt Roger Muntwyler, Mediensprecher beim städtischen Tiefbauamt. Die tatsächlichen Kosten schätzt er auf weniger als 90 000 Franken.

Mit der Wahl der Entlisbergstrasse ging die Stadt ein geringes Risiko ein: Die Anwohnenden hatten sich geschlossen für die Umgestaltung ihrer Strasse ausgesprochen. Und Gewerbe gibt es in der näheren Umgebung keines. «Das Projekt ist in diesem Jahr zu einem Quartierhappening geworden und war entsprechend irrelevant für das Gewerbe», bestätigt Nicole Barandun (Mitte), Präsidentin des Gewerbeverbandes der Stadt Zürich.

Im letzten Jahr hatte sich insbesondere das Gewerbe an der Aktion gestört. Ein Teil davon vor Ort echauffierte sich im

Nachgang über Umsatzeinbussen wegen der erschwerten Zufahrtsbedingungen und ausblei-

«Es tut weh, die Anlagen am Montag abzubrechen.»



Beat Locher
Anwohner

bender Laufkundschaft. Die Stadt hingegen sprach von einem Erfolg und sah sich moti-

«Das Projekt war dieses Jahr irrelevant für das Gewerbe.»



Nicole Barandun
Präsidentin Gewerbeverband

viert, das Projekt in diesem Jahr erneut durchzuführen. Aufgrund von Widerstand aus den Quartieren blieb jedoch von den ursprünglich drei eingeplanten Austragungsorten nur die Wollishofer Entlisbergstrasse übrig.

Barandun hält insgesamt wenig von der «behördlich verordneten Geselligkeit», wie sie die Aktion der Stadt Zürich nennt. «Der Wunsch dazu muss aus den Quartieren heraus kommen.» Von «oben herab» funktioniere das nicht. Die Stadt könne jedoch unterstützend im Hintergrund wirken. Wichtig sei, dass man die Planung sorgfältig genug durchführe, damit nicht die gleichen Fehler wie 2021 passierten.

Als Gewerbeverband sei man durchaus bereit, in den Prozess miteinbezogen zu werden, betont Barandun. Eine Spielstrasse alleine reiche allerdings nicht aus, sofern es das Ziel sei, auch dem Gewerbe einen Mehrwert zu bieten. «Da müssten alle Beteiligten etwas mehr Hirnschmalz darauf verwenden, wie

auch das Gewerbe von der Aktion profitieren kann.»

Der Verkehr ist das Hauptproblem

Für die Anwohnenden der Entlisbergstrasse ging es bei der Teilnahme an «Brings uf d'Strass» um viel mehr als nur eine Belebung ihrer Strasse. Schon seit Jahren macht ihnen der Verkehr vor ihrer Haustüre zu schaffen: Die Entlisbergstrasse ist unterteilt in zwei 30er-Zonen und dazwischen eine 20er-Zone. Aufgrund ihres geraden Streckenverlaufs ist sie attraktiv für Temposünder.

«Die Leute haben Angst vor dem Verkehr», sagt Beat Locher vom Verein Entlisberg. Manche Automobilisten würden mit 50 km/h durch die Strasse blochen und auch bei der 20er-Zone nicht langsamer fahren. Dass sich in der Nähe unter anderem ein Schulhaus und ein Gehörlosenzentrum befinden, macht die Situation noch heikler.

Mit «Brings uf d'Strass» und den künstlichen Hindernissen auf der Strasse habe man den Autoverkehr zumindest ein wenig einschränken können, sagt Locher. «Das Tempo wurde endlich eingehalten.» Ob die Aktion am Fahrverhalten der Automobilisten nachhaltig etwas verändert hat, wird sich erst in Zukunft zeigen. Längerfristig wünscht sich Locher jedoch auf der gesamten statt nur einem Teil der Entlisbergstrasse eine Begegnungszone.

Die Stadt zieht ein positives Zwischenfazit

Ob «Brings uf d'Strass» mit der diesjährigen Ausgabe bereits sein Grande Finale gefeiert hat oder im nächsten Jahr in eine dritte Runde gehen wird, ist noch unklar. Die Stadt wird die Erkenntnisse aus diesem Jahr zusammentragen und voraussichtlich Mitte Oktober präsentieren, wie Mediensprecher Roger Muntwyler mitteilt. Das Zwischenfazit der Stadt fällt allerdings schon mal positiv aus: «Der neue Freiraum wurde geschätzt und vor allem am Nachmittag und Abend rege genutzt.»

Streit um Reha: Zürich geht vor Bundesverwaltungsgericht

Der Kanton Aargau will die Pflegeeinrichtung «Rückenwind plus» auf die Spitalliste setzen. Das passt der Zürcher Gesundheitsdirektion nicht.

Anes Filan

Der Kanton Aargau hat die Pflegeeinrichtung «Rückenwind plus» auf die Spitalliste gesetzt. Damit wäre die Finanzierung des Angebots der Institution in Zurzach, wo vor allem Patientinnen und Patienten mit Querschnittslähmung, Parkinson, Multipler Sklerose und Amyotropher Lateralsklerose (ALS) behandelt werden, finanziell gesichert.

Doch dagegen regt sich Widerstand: Die Zürcher Gesundheitsdirektion hat beim Bundes-

verwaltungsgericht Einsprache gegen die Aufnahme auf die Spitalliste erhoben, wie die NZZ berichtet. Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli (SVP) wehrt sich damit gegen einen Entscheid ihres Aargauer Partei- und Amtskollegen Jean-Pierre Galati.

Die Zürcher Gesundheitsdirektion begründet den Schritt wie folgt: «Der Kanton Aargau schafft ein Angebot in unmittelbarer Nähe zum Kanton Zürich, das auch Zürcher Patientinnen und Patienten nutzen werden.» Zürich will keine Patienten

an den Aargau verlieren, die Direktion von Rickli ist der Ansicht, dass «der entsprechende Bedarf und die Finanzierung im Kanton Zürich bereits über die Pflegeheime respektive die Pflegeheimfinanzierung abgedeckt sind». Der Kanton Zürich müsste die Behandlung seiner Patientinnen und Patienten bezahlen, wenn sich diese in einer Pflegeeinrichtung in einem Nachbarkanton behandeln lassen, die auf einer Spitalliste steht.

Der Reha-Streit zwischen dem Aargau und Zürich be-

schäftigt auch das Aargauer Kantonsparlament: Am Dienstag wurde im Grossen Rat ein Vorstoss dazu eingereicht. Titus Meier, Tobias Hottiger (beide FDP) und Clemens Hochreuter (SVP) schreiben: «Insgesamt entsteht der Eindruck, der Kanton Zürich strebe nach rehabilitativer Autonomie und einer Beschränkung ausserkantonaler – Aargauer – Leistungserbringer.» In der neuen Zürcher Spitalliste von 2023 falle auf, dass die Aargauer Rehakliniken verschiedene Leistungsaufträge des Nachbarkan-

tons «nicht (mehr) erhalten haben».

Die drei Grossräte wollen wissen, wie der Aargauer Regierungsrat die Auswirkungen der Zürcher Rehabilitationsstrategie auf die Rehakliniken im Kanton Aargau beurteilt, «die heute zu einem nicht unbeachtlichen Teil Zürcher Patientinnen und Patienten behandeln». Sie fragen weiter, wie der Regierungsrat auf die Zürcher Rehaplanung und die aktuelle Spitalliste des Nachbarkantons reagiere.

Die Rehabilitation ist ein wichtiger Wirtschaftszweig im

Aargau. Sie erwirtschaftet mehr Geld (283 Millionen Franken im Jahr 2019) als die Landwirtschaft (282 Millionen Franken). 2019 stammten zwei Drittel der behandelten Patientinnen und Patienten aus den umliegenden Kantonen, wobei der Anteil aus dem Kanton Zürich am grössten war. In Zahlen ausgedrückt ergibt sich folgendes Bild: 2020 kamen 7779 Personen zur Reha-Behandlung in den Aargau und lediglich 891 Aargauerinnen und Aargauer wurden ausserkantonale behandelt.